



Sie befinden sich hier: [Startseite](#) > **Freistaat fördert Grundlagenstudie für Verbundbeitritte in Franken**

Freistaat fördert Grundlagenstudie für Verbundbeitritte in Franken

13. Dezember 2019

- **Ministerpräsident Dr. Markus Söder und Verkehrsminister Dr. Hans Reichhart übergeben Förderbescheide in Nürnberg**
- **13 Kommunen prüfen Beitritt zum VGN bzw. VVM**
- **Ergebnisse der Grundlagenstudien für 2022 erwartet**

Der Freistaat Bayern unterstützt die Erweiterung von Verkehrsverbänden in Bayern. Für 13 Kommunen in Ober- und Unterfranken sowie den Landkreis Tirschenreuth in der Oberpfalz übernimmt er nun rund 90 Prozent der Kosten zweier Grundlagenstudien. Damit soll geprüft werden, ob ein Beitritt der Kommunen zum Verkehrsverbund Großraum Nürnberg (VGN) bzw. zum Verkehrsunternehmens-Verbund Mainfranken (VVM) sinnvoll und wirtschaftlich ist. Bayerns Ministerpräsident Dr. Markus Söder und Verkehrsminister Dr. Hans Reichhart haben heute die Förderbescheide in Höhe von 2,5 und 1,2 Millionen Euro an Vertreter der Landkreise und kreisfreien Städte überreicht. „Wir wollen, dass die weißen Flecken auf der Verbundlandkarte nach und nach verschwinden“, so Verkehrsminister Reichhart. „Sollten sich am Ende alle Kommunen für einen Beitritt entscheiden, wäre in Zukunft ganz Franken mit leistungsfähigen Verbänden abgedeckt. Für die Fahrgäste bedeutet das: einheitliche Tickets, einheitliche Preise und eine enorme Verbesserung der Mobilität gerade im ländlichen Raum.“

Einen Beitritt zum VGN wollen die **Landkreise Coburg, Hof, Kronach Kulmbach, Tirschenreuth, Wunsiedel und i.Fichtelgebirge sowie die kreisfreien Städte Coburg und Hof** prüfen. Sie repräsentieren rund 550.000 Einwohner, die bei einem Verbundbeitritt von abgestimmten Abfahrtszeiten, einheitlichen Tarifen für alle Busse und Bahnen im Verbund und einheitlichen Fahrgastinformationen profitieren würden. Mit Hilfe der Studienergebnisse sollen die Kommunen eine fundierte Entscheidung über einen Beitritt zum VGN treffen können. Insgesamt fördert der Freistaat die Studie mit 2,5 Millionen Euro.

Die **Landkreise Bad Kissingen, Haßberge, Rhön-Grabfeld und Schweinfurt sowie die kreisfreie Stadt Schweinfurt** wollen dem Verkehrsgebiet des VVM beitreten. Die 450.000 Einwohner der fünf Kommunen sollen in Zukunft von den Verbundvorteilen im VVM profitieren. Auch hierfür wird zunächst eine Grundlagenstudie durchgeführt. „Das ist der notwendige erste Schritt“, so Verkehrsminister Reichhart. „Vor dem Verbundbeitritt müssen unter anderem die Kosten bekannt und die Aufteilung der Einnahmen im neuen Verbund geregelt werden. Die Voraussetzungen hierfür schaffen wir mit der Studie.“ Der Freistaat übernimmt auch hier 90 Prozent der Kosten in Höhe von 1,2 Millionen Euro.

Mit der Grundlagenstudie wird geprüft, ob ein Verbundbeitritt für die jeweiligen Kommunen aus verkehrlicher und wirtschaftlicher Sicht sinnvoll ist. Außerdem werden in ihrem Rahmen realistische Kostenprognosen und Zeitpläne erstellt. Mit den Ergebnissen der Studien ist im Jahr 2022 zu rechnen. Über einen Beitritt zu dem jeweiligen Verkehrsverbund entscheiden auf Grundlage der Studie allein die

betroffenen Landkreise bzw. die kreisfreien Städte. Wenn die Studie ein positives Ergebnis liefert, stellt der Freistaat den Kommunen eine Förderung auch für Einmal- und Dauerkosten der Verbundintegration in Aussicht.

Erst vor kurzem hatte Reichhart ebenfalls einen Förderbescheid für eine Grundlagenstudie an zehn Kommunen in Oberbayern übergeben, die einen Beitritt zum MVV prüfen lassen wollen. Ziel des Freistaats ist es, nach und nach alle Landkreise und kreisfreien Städte in Bayern einem Verkehrs- und Tarifverbund anzugliedern.

[Anlage](#)

Foto

[Pressemitteilung auf der Seite des Herausgebers](#)

[Inhalt](#)

[Datenschutz](#)

[Impressum](#)

[Barrierefreiheit](#)

